



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene für eine aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform einzusetzen. Das bedeutet, dass die Reform so gestaltet werden muss, dass die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen schon bei Beginn der Reform ab 1.1.2008 keine Steuereinnahmeverluste haben werden. Dazu darf der Mittelstand bei der notwendigen Reduzierung von Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmen und der Senkung der Steuersätze nicht benachteiligt werden.

Begründung:

Durch die Vorschläge der Bundesregierung für eine neue Unternehmenssteuerreform werden pro Jahr Einnahmeverluste der öffentlichen Hand zwischen 5 und 10 Mrd. Euro befürchtet. Für Schleswig-Holstein wird nach Angaben der Landesregierung mit Steuermindereinnahmen von mindestens 80 Mio. Euro jährlich für das Land und ca. 40 Mio. Euro jährlich für die Kommunen gerechnet. Angesichts der äußerst angespannten finanziellen Lage des Landes und vieler Kommunen in Schleswig-Holstein muss sich die Landesregierung in Berlin dafür einsetzen, dass die Unternehmenssteuerreform aufkommensneutral gestaltet wird.

Anke Spoorendonk
für die Abgeordneten des SSW